

EDITORIAL

Der Schwerpunkt dieses Hefts ist dem sich wandelnden Verhältnis zwischen Staat und Medien und dem zunehmenden Einfluss des Staates auf die Berichterstattung in den Medien in drei mittel- und osteuropäischen Staaten gewidmet. Eine unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten problematische Entwicklung ist dabei nicht allein bei den traditionellen Print- und audiovisuellen Medien zu beobachten; betroffen sind heute auch die sog. neuen Medien. Das komplexe rechtliche Instrumentarium, das in Russland in den letzten Jahren geschaffen wurde, um den Zugang des Bürgers zu Informationsressourcen zu beschränken, ist Gegenstand des ersten Beitrags von *Julian-Ivan Beriger*. Der Autor identifiziert als wichtigstes Instrument zwei Verfahren zur Sperrung von Internetinhalten, deren Normierung und aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht immer unbedenkliche Anwendung im Einzelfall durch Behörden und Gerichte ausführlich besprochen werden. *Zoya Mylovanova* und *Kseniya Ostrovska* geben im Anschluss einen Überblick über die Lage im Mediensektor der Ukraine und die wichtigsten, hier eher herkömmlichen Instrumente der staatlichen Einflussnahme. Anlass zur Sorge geben vor allem Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung „pro-russischer“ bzw. „anti-ukrainischer Propaganda“, sind Journalisten, Sender, Internetseiten, Plattformen, die als Sprachrohr Russlands verdächtigt werden, von Sanktionen – Verwarnung, Geldbuße, Lizenzentzug oder im Fall eines Ausländers Einreiseverbot – bedroht. Subtilere, aber nicht weniger wirksame Instrumente der Einflussnahme wurden nach *Gábor Polyák* in Ungarn ergriffen, indem durch Untergrabung der Unabhängigkeit der Aufsichtsorgane, durch Beschränkung des Zugangs zu Ressourcen, die zur Ausübung der Tätigkeit erforderlich sind, durch Kontrolle des Zugangs zu öffentlichen Informationen sowie vor allem auch mit Hilfe der staatlichen Werbung als Instrument der Medienfinanzierung versucht wird, eine regierungskritische Berichterstattung zu verhindern.

Die weiteren Beiträge sind unterschiedlichen Themen gewidmet. *Bernd Wieser* setzt sich, konzentriert auf Verfahren und Normenkontrolle, kritisch mit der Entwicklung der ukrainischen Verfassung von 1996 auseinander, die 2004 geändert, in ihrer geänderten Fassung 2010 vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, 2014 wieder in ihrer Fassung von 2004, 2011 und 2013 in Kraft gesetzt und 2016 erneut geändert wurde. *Sergey Aleksandrovich Markuntsov* und *Paul Waßmer* berichten über die aktuelle russische Debatte über das Pro und Contra einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen, die auch in Deutschland in jüngster Zeit wieder diskutiert wird. Über erste Gesetzesentwürfe sind diesbezügliche Bemühungen aber

auch in Russland bisher nicht hinausgegangen. *Benedikt Harzl* und *Aistė Mickonytė* untersuchen schließlich die rechtlichen und politischen Herausforderungen, die Armenien mit einem Spagat zwischen Europa und Asien zu meistern hat, wird mit dem Abschluss von Freihandels- und Partnerschaftsabkommen einerseits die Integration in Europa, mit dem Beitritt zur Eurasischen Union und zum Vertrag über kollektive Sicherheit andererseits zugleich die enge Zusammenarbeit im Verbund ehemaliger Sowjetstaaten unter Führung Russlands angestrebt.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Carmen Schmidt